

Bundestagswahl 2005 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich

In einer Zeit, in der 82 Prozent der Deutschen die Bundesrepublik in einer Krise sehen und mehr als die Hälfte der Bürger dieses Landes meinen, es werde uns in Zukunft schlechter gehen und wir werden auf vieles verzichten müssen, in einer Zeit, in der zugleich nur noch 10 Prozent der Bevölkerung den politischen Parteien vertrauen,¹ rüsteten sich diese Parteien zum Wahlkampf. In einem beispiellosen Coup hatte Bundeskanzler Schröder am Abend der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 vorgezogene Neuwahlen verkündet, die nun mit dem Segen des Bundespräsidenten am 18. September 2005 stattfinden werden.

Wir wollen hier untersuchen, mit welchen programmatischen Vorstellungen die politischen Parteien in Deutschland in diese Wahl gehen, und haben dazu die Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, *Grünen* und *Linkspartei. PDS* analysiert. *Die Grünen* haben ihr Wahlprogramm bereits am 10. Juli 2005 beschlossen. Die SPD hat am 4. Juli 2005 ein Wahl-Manifest vorgelegt, das noch auf einem Parteitag am 31. August 2005 die Zustimmung der Delegierten erhalten soll. CDU/CSU haben am 11. Juli 2005 ein Wahlpapier vorgestellt, das sie im kühnen Griff in die Zukunft „Regierungsprogramm 2005 – 2009“ nannten und das Ende August 2005 abgesegnet werden soll. Die FDP hat ihr so genanntes „Deutschlandprogramm 2005“ am 25. Juli 2005 nach einer Bundesvorstandsklausur der Öffentlichkeit präsentiert. Erst am 11. September 2005 soll ein Parteitag abschließend über dieses Wahlprogramm befinden. Die *Linkspartei. PDS* hat auf ihrem Sonderparteitag am 17. Juli 2005 den Entwurf ihres Wahlprogramms vorgestellt, das auf einem Parteitag am 27. August 2005 beschlossen werden soll.

Wir berücksichtigen bei unserer Analyse den Stand der Programm-Papiere von Ende Juli 2005. Im Rahmen dieser Analyse können wir nur die politisch relevantesten Fragen beleuchten: Wirtschafts- und Sozialpolitik (jedoch unter Einschluss der Aussagen zur Beschäftigungspolitik, zur Steuerpolitik und nicht zuletzt zu Ostdeutschland), Umweltpolitik, Bildungspolitik, Innenpolitik (vor allem Fragen der Bürgerrechte und der Demokratie) sowie Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik. Ein Vergleich der Wahlprogramme mit der realen Politik der Parteien in der zu Ende gehenden Legislaturperiode würde den Rahmen dieser Analyse sprengen und kann daher an dieser Stelle nicht geleistet werden.

Der Umfang der Wahlprogramme fällt höchst unterschiedlich aus: Während *Die Grünen* das längste und detaillierteste Papier vorgelegt haben, ist das der *Linkspartei. PDS* am kürzesten und dürfte mit seinen knapp 25 Seiten am ehesten vom interessierten Wähler von vorn bis hinten gelesen werden. Die Wahl-Manifeste von CDU/CSU, SPD und FDP liegen vom Umfang her relativ dicht beieinander im Mittelfeld. Die Unterschiede in der Schwerpunktsetzung und im Umfang haben zur Folge, dass die Programme bei den einzelnen politischen Fragen nicht in derselben Weise in die Tiefe gehen, was einen Vergleich der Positionen der Parteien mitunter erschwert.

¹ Allensbach-Umfrage vom Juli 2005. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 20.07.2005.

Die Botschaften der Parteien

Die Bevölkerung bewegt in erster Linie die Frage, wie die Großprobleme des Landes gelöst werden können. Das betrifft in erster Linie die anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit, die trotz aller Versprechen nicht gesenkt wurde. Es betrifft die sozialen Fragen und die Zukunft der Kinder. Die Parteien reflektieren das. Der Wahlkampf wird von diesen innenpolitischen Themen geprägt werden. Das widerspiegeln auch die Wahlprogramme. Das Problem „Arbeit“ dominiert. Das trifft auf alle Parteien zu, auch auf *Die Grünen*, obwohl deren Kernthema die Ökologie ist. *Die Grünen* räumen dem Komplex Arbeit – Wirtschaft – Soziales in ihrem Programm erstmals höchste Priorität ein und verweisen die Ökologie auf den zweiten Platz. Die Texte der kleinen Parteien (*Grüne*, FDP, Linkspartei, PDS) sind weitaus akzentuierter verfasst als die der beiden großen Volksparteien. Während die **CDU/CSU** das „schwere Erbe von Rot-Grün“ hervorhebt, um die Notwendigkeit des Wechsels zu unterstreichen, braucht die **SPD** zu Beginn einen besonderen Abschnitt, um die angeblichen Erfolge der Regierung Schröder nachzuweisen. Die **CDU/CSU** und auch die **SPD** behaupten, es gehe um eine Richtungsentscheidung. Die Programme unterscheiden sich aber nicht grundsätzlich. Sie gehen – nur abgestuft – in eine ähnliche Richtung.

Die **Union** meint, sie mache keine falschen Versprechungen, sondern nehme die Menschen ernst. Schaut man genauer hin, dann ist z.B. völlig unklar, wie das Modell der Gesundheitsprämie finanziert werden soll. Von einer „Leistungsgerechtigkeit“ bei ihrem Steuermodell kann keine Rede sein. Der Slogan „Nicht bessere Verteilung des Mangels, sondern Rückkehr zu mehr Beschäftigung“, ist indirekt eine Absage an Verteilungsgerechtigkeit. Die Botschaft: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, nimmt Lohndumping in Kauf. Eine Steigerung der Nachfrage kann so nicht erfolgen.

Die **FDP** will sich als Steuersenkungspartei profilieren und allein schon dadurch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme lösen. Hier haben wir es mit Neoliberalismus pur zu tun. Die FDP will sich darüber hinaus in Konkurrenz vor allem zu den *Grünen* als **die** Bürgerrechtspartei profilieren. Unter Kanzler Kohl hat sie gegenteilige politische Projekte mit getragen.

Die **SPD** steckt in der tiefsten Glaubwürdigkeitslücke. Sie verteidigt einerseits die bisherige Regierungspolitik (Agenda 2010, Hartz IV) und will sich gleichzeitig als die soziale Alternative zu Schwarz/Gelb profilieren. Die Sozialdemokraten behaupten, sie hätten in der rot-grünen Koalition seit 1998 Deutschland wieder vorangebracht. Angesichts der gravierenden nicht gelösten Großprobleme formuliert die Partei: „Wir sind stolz auf das Erreichte... Deutschland ist mit der Sozialen Demokratie auf der Gewinnerstraße. Bundeskanzler Gerhard Schröder führt das Land in eine gute Zukunft.“ Was der SPD bleibt, ist eine Angstkampagne vor Schwarz/Gelb, die angesichts der eigenen Defizite, unglaubwürdig bleiben muss. Das trifft auch auf die zunehmenden Angriffe gegenüber der *Linkspartei*, PDS zu, der sie unverantwortlichen Populismus und unbezahlbare Forderungen vorwirft.

Bündnis 90/Die Grünen meinen, es gehe um die Frage, ob das Land mit den *Grünen* in Richtung einer ökologisch-sozialen Erneuerung schreite, oder ob mit Konservativen und Liberalen der Rückwärtsgang eingelegt werde. Es gehe den *Grünen* um eine solidarische Modernisierung, nicht um eine kalte Modernisierung, wie das CDU/CSU und FDP im Geiste des blanken Neoliberalismus anstreben. Zum anderen betonen *Die Grünen* die ökologische Verantwortung. Eine moderne, zukunftsfähige

Ökonomie sei ohne grüne Werte nicht mehr denkbar. Insbesondere bei der Arbeitsmarktpolitik (Hartz IV) suggerieren sie, dass sie aus den Fehlern der Regierungspolitik gelernt hätten. Die zum Teil deutlich anders akzentuierten Aussagen des Wahlprogramms sind aber eher zwei Tatsachen geschuldet: Zum einen geht die Partei davon aus, in die parlamentarische Opposition zu gehen. Zum anderen sind Korrekturen nach links dem Druck von Seiten der *Linkspartei. PDS* geschuldet.

Die Linkspartei. PDS will sich als **die** soziale und demokratische Alternative zur Politik der faktischen großen Koalition der vergangenen Jahre profilieren. SPD, *Grüne*, CDU/CSU und FDP böten nicht die Möglichkeit, zwischen verschiedenen politischen Richtungen zu wählen. Es handele sich hier um unterschiedliche Varianten der Politik des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben. Es sei aber möglich, die Einkommen der Menschen zu steigern und die Arbeitszeiten zu verkürzen. Öffentliche Daseinsvorsorge und Dienstleistungen seien zu verbessern. Der Staat müsse eine aktive Wirtschafts-, Sozial- und Ökologienpolitik betreiben. Mit gerechten Steuern sei das auch finanzierbar.

Arbeit und Wirtschaft

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um das Problemfeld Arbeit und Wirtschaft steht die Frage, wie die Massenarbeitslosigkeit zurückgedrängt werden kann. Die CDU/CSU behauptet, sozial sei, was Arbeit schafft. SPD und *Linkspartei. PDS* setzen dem entgegen, dass es auch um menschenwürdige Arbeit gehen müsse, von der man leben kann. Bei den Sozialdemokraten bleibt die Frage offen, warum sie das nicht in sieben Jahren Regierungsverantwortung umgesetzt haben. Das trifft auch auf die Mehrzahl anderer Positionen ihres Wahlmanifestes zu.

In der **Wirtschaftspolitik** nehmen Union und SPD, aber auch FDP und *Grüne* ähnliche Positionen ein. Sie bewegen sich überwiegend im Allgemeinen. Die Losungen der letzten Jahre wiederholen sich: Wachstum schaffen, Innovationen und Mittelstand fördern, Bürokratie abbauen, regionale Wirtschaft fördern usw. Die bisherigen Rezepte der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, denen diese Parteien gefolgt sind, haben bekanntlich versagt. Eine noch deutlichere Ausrichtung dieser Politik durch Schwarz/Gelb wird die Situation eher verschlimmern, statt verbessern.

Bei der richtigen Schwerpunktsetzung für mehr Innovationen war die bisherige Politik zu zaghaft und wurde den Herausforderungen nicht gerecht. Die hier gefeierten Erfolge von Rot-Grün in ihren Wahlprogrammen sind fehl am Platze. Auch die jetzt von **CDU/CSU** vorgesehene jährliche Aufstockung der Investitionen in Forschung und Entwicklung zusätzlich zur beschlossenen Existenzinitiative um eine Mrd. Euro reicht da nicht aus.

Die **FDP** sieht vor allem in Steuersenkungen und Vereinfachungen das beste Beschäftigungsprogramm und Stimulierung für Investitionen. Außerdem strebt die Partei eine lineare Subventionskürzung von 20 Prozent an, und sie will die Steinkohlesubventionen einstellen. Ein Gleichbehandlungsgesetz soll zugunsten des Mittelstandes beschlossen werden, das alle gesetzlich verursachten Benachteiligungen kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber Großunternehmen beseitigt. Die Agentur für Arbeit soll abgeschafft werden.

Die **Sozialdemokraten** wollen für den Ausbau von Straßen- und Schienennetz in den nächsten vier Jahren zusätzlich zwei Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Die **CDU/CSU** will auf Ostdeutschland bezogen, die von Rot-Grün „verschleppten oder gestoppten Verkehrswegeprojekte“ wieder aufnehmen. Diese eingeeengten Vorstellungen, vorwiegend durch Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur Wachstum zu schaffen, sind nicht zeitgemäß. Sie lösen die Strukturprobleme nicht.

Die Grünen nehmen hier eine andere Position ein. Ihre Vorstellung für eine zukunftsfähige Ökonomie heißt „ressourcenleichtes Wirtschaften“. Die Herstellung von Produkten und Dienstleistungen soll bei minimalem Einsatz von Rohstoffen und Energie erfolgen. Deshalb sollen die Forschungs- und Technologieförderung auf umweltverträgliche Produkte konzentriert und Subventionen, die den verschwenderischen Umgang mit knappen Ressourcen begünstigen, gestrichen werden. Außerdem betrachten *Die Grünen* die Strategie „Weg vom Öl“ als ein beispielloses Programm für Arbeit mit Zukunft.

Die Linkspartei. PDS will ein längerfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm. So sollen durch politische Gestaltung Defizite des Marktes ausgeglichen und der Strukturwandel zur Informations- und Wissensgesellschaft gefördert werden. Investitionen sollen vor allem in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, in Wissenschaft und Forschung, in die öffentliche Daseinsvorsorge erfolgen. Sie sollen den sozial-ökologischen Umbau befördern. Das ist alles andere als strukturkonservativ oder eine Rückkehr in die siebziger Jahre.

Auch in der **Arbeitsmarktpolitik** folgen sowohl SPD und *Grüne* als auch CDU/CSU und FDP neoliberalen Leitsätzen. Allerdings gibt es hier Unterschiede in den Wahlprogrammen zwischen diesen Parteien. Während die FDP in Sachen Neoliberalismus Vorreiter ist, gefolgt von der Union, korrigieren teilweise die SPD und vor allem *Die Grünen* ihre bisherigen Positionen in einigen Fragen.

Entsprechend der neoliberalen Lehre stehen bei der **CDU/CSU** die Senkung der Lohnnebenkosten und der Abbau der Arbeitnehmerrechte im Mittelpunkt. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung soll ab 1. Januar 2006 von 6,5 auf 4,5 Prozent gesenkt und gleichzeitig die Mehrwertsteuer zum gleichen Zeitpunkt von 16 auf 18 Prozent erhöht werden. Recht allgemein heißt es, dass „alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf den Prüfstand“ sollen. Konkret wird die CDU/CSU hier nur bei den „Ich-AG“. Diese sollen abgeschafft werden sollen.

Weiterhin setzt die Union auf längere Arbeitszeiten und weniger Regulierung des Arbeitsmarktes: „Betriebliche Bündnisse“ sollen rechtlich abgesichert werden. So sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abweichend vom Tarifvertrag einzelvertragliche Vereinbarungen abschließen können. Für Neueinstellungen werde das Kündigungsschutzgesetz in Betrieben bis zu 20 Beschäftigten ausgesetzt. In anderen Bereichen soll der Kündigungsschutz für Neueinstellungen erst nach zwei Jahren wirksam werden. Bei Abschluss eines Arbeitsvertrages kann gegen den Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage eine Abfindung, deren Mindesthöhe gesetzlich festgelegt wird, vereinbart werden. In den ersten zwei Jahren nach Einstellung eines ALG II-Empfängers könne das Arbeitsentgelt bis zu 10 Prozent unter Tarif liegen. Befristete Beschäftigung soll erleichtert werden. Schließlich soll ein Kombi-Lohn-Modell eingeführt werden, über deren Ausgestaltung nichts Genaueres gesagt wird.

Der Verdi-Chef Bsirske meint, dass die „Reform“ des Arbeitsrechts nur das Ziel habe, „die Beschäftigten und ihre Betriebsräte gegenüber ihren Arbeitgebern erpressbar zu machen“. Die CDU/CSU wolle den Arbeitgebern Instrumente in die Hand geben, nach Gutdünken die Arbeitszeiten zu verlängern und Löhne zu senken. Das bedeute den Verlust von hunderttausenden Arbeitsplätzen.

Die Forderungen der **FDP** gehen bekanntlich in die gleiche Richtung wie die der Union, bewegen sich aber noch weitgehender und konsequenter auf der neoliberalen Linie. Die Partei wendet sich gegen das gegenwärtige System der Mitbestimmung, weil internationale Investoren Deutschland meiden würden und für kleine und mittlere Unternehmen zusätzliche Kosten entstünden. Die paritätische Mitbestimmung soll auch in Kapitalgesellschaften über 2.000 Beschäftigten durch Drittelbeteiligung der Belegschaft ersetzt werden.

Die **SPD** ist für die Beibehaltung des heutigen Kündigungsschutzes, lehnt betriebliche Bündnisse für Arbeit ab und will eine „zukunfts feste“ Gestaltung der Mitbestimmung gemeinsam mit Sozialpartnern. Weiterhin will die SPD die Ausweitung des Arbeitnehmerentendegesetzes auf alle Branchen und ggf. die Einführung von Mindestlöhnen, die sie in der Vergangenheit stets abgelehnt hat. Außerdem: Keiner unter 25 Jahren soll länger als drei Monate ohne Arbeit oder Ausbildung sein. Dies wurde bereits für März 2005 versprochen, aber von der Regierung nicht eingelöst. Recht nebulös sollen „regionale Beschäftigungspakte für Ältere“ geschaffen werden.

Die Grünen wollen vor allem im Dienstleistungsbereich durch niedrige Lohnnebenkosten Arbeitsplätze schaffen. Im unteren Einkommensbereich sollen die Beschäftigten von Lohnnebenkosten durch Zuschüsse spürbar entlastet werden. Das Entsendegesetz soll ausgeweitet werden. Wo armutsfeste, allgemeinverbindliche Tarifverträge nicht zustande kommen, und in tariffreien Bereichen müsse es eine rechtlich verbindliche Mindestlohnregelung geben. Neue sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sollen auch in Übergangsmärkten zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt geschaffen werden. Es sollen „soziale Wirtschaftsbetriebe“ so weiterentwickelt werden, dass benachteiligte Langzeitarbeitslose ihre bisherigen staatlichen Transferleistungen wie das ALG II einbringen. Im Gegenzug sollen sie ein tariflich entlohntes Beschäftigungsverhältnis erhalten.

Die Linkspartei. PDS unterbreitet hier einen viel weiter gehenden Vorschlag. Sie will die Mittel, die für den dauerhaften Ausschluss von Millionen Menschen aus der Erwerbsarbeit – mit gelegentlichen Gastrollen am Rande der Arbeitswelt („Ein Euro-Jobs“) – ausgegeben werden, in reguläre, versicherungspflichtige und Existenz sichernde Arbeitsplätze umwandeln. Die Partei fordert, dass Langzeitarbeitslosen das Geld, das sie als ALG II plus Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus „Ein-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitsverhältnis mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen. Hinzu sollen Gelder durch Wiederbelebung der Vermögenssteuer und aus vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und EU kommen.

Außerdem tritt *Die Linkspartei. PDS* dafür ein, dass gezielt Lohnkostenzuschüsse aus der öffentlichen Hand für gering Qualifizierte gezahlt werden. Die Sozialausgaben für besonders schlecht bezahlte Personengruppen in bestimmten Branchen sind auf Zeit aus Steuermitteln zu finanzieren, um zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Bei den Mindestlöhnen geht die Partei im Vergleich zu SPD und *Grünen* am weite-

sten. Sie fordert einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto im Monat. Ein Entsendegesetz müsse außerdem vorschreiben, dass für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen die Standards des Arbeitsortes gelten. Arbeitnehmerrechte sollen erhalten und die Mitbestimmung ausgebaut werden. *Die Linkspartei.* PDS tritt für die Begrenzung der Kapitalmacht ein. Die wachsenden Ansprüche der Eigentümer und Großaktionäre auf leistungslose Einkommen seien nur durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen.

In der **Arbeitszeitpolitik** nehmen die Parteien unterschiedliche Positionen ein. Die **CDU** spricht sich wie die **FDP** für längere Arbeitszeiten aus. Die **SPD** sagt nur, dass eine generelle Arbeitszeitverlängerung mit dem Ziel der faktischen Lohnkürzung der falsche Weg sei. **Die Grünen** wollen eine flexible Arbeitszeitpolitik mit Arbeitszeitkonten, Familien-Teilzeit, Job-Rotation und Job-Sharing. Völlig inhaltsleer heißt es: „Wir werden Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel, Arbeit zu verkürzen.“ Welche das sein sollen, bleibt völlig im Dunkeln. Unverbindlich ist auch folgende Formulierung: „Wir regen an, in Tarifverhandlungen Möglichkeiten zur Reduzierung der Arbeitszeit bei anteiligem Lohnverzicht zu prüfen.“

Die Linkspartei. PDS unterstützt die Gewerkschaften, „wenn sie versuchen Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren“. Die fortschreitende Steigerung der Produktivität ermögliche auch in Zukunft Arbeitszeitverkürzungen, „ohne dass Lohnsenkungen die notwendige Folge sein müssen“. Zumindest Beschäftigten mit geringem Einkommen müsse ein Lohnausgleich gewährleistet werden. (Damit rückt die Partei vorsichtig von alten Beschlüssen der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich ab). *Die Linkspartei.* PDS will aber das Arbeitszeitgesetz so reformieren, dass die durchschnittliche regelmäßige Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden gesenkt wird.

Ostdeutschland

Hier sind die Programme von CDU/CSU, FDP, SPD und *Grünen* recht kurz gehalten. Lediglich *Die Linkspartei.* PDS widmet sich ausführlich diesem Problem. Vor allem Union und SPD beschönigen die Lage in Ostdeutschland.

Die **Union** zieht eine überwiegend positive Bilanz. Probleme werden nur Rot-Grün angelastet. Das einzig konkrete Versprechen lautet, dass die Solidarpaktmittel in Höhe von 156 Mrd. Euro zugesagt werden. Durch Öffnungsklauseln in bundesgesetzlichen Regelungen soll es ermöglicht werden, dass eigene Lösungswege entwickelt und umgesetzt werden. Wachstumshemmende Bundesgesetze, die europäische Vorschriften verschärfen oder auf ungenügend belegbaren Grenzwerten basieren, würden abgeschafft. Die Mittel für den Verkehrswegebau sollen gesichert werden. Die seit langem geplanten, aber von Rot-Grün gestoppten Verkehrswegeprojekte sollen wieder aufgenommen werden. Vor allem im Osten soll das Kombi-Lohn-Modell Arbeitsplätze schaffen. Ob diese beiden Projekte den Osten voran bringen, bleibt mehr als fragwürdig.

Die **FDP** will Modellregionen in Ostdeutschland schaffen. In einem besonderen Beschluss des Parteipräsidiums zu Ostdeutschland wird erklärt, was das bedeutet. Es sollen bundesstaatliche Regelungen befristet im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht über Länderöffnungsklauseln ausgesetzt werden. Einzelbetriebliche Vereinbarungen hätten Vorrang vor Flächentarifverträgen. Das betrifft den Wegfall des Teilzeitanpruchs,

erweiterte Möglichkeiten des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge auch ohne sachlichen Grund oder die Freistellung von der Arbeitsstättenverordnung.

Die **SPD** will die Zusagen aus dem Solidarpakt II vollständig erfüllen. Die Investitionszulage soll über das Jahr 2006 hinaus fortgesetzt oder in die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur übergeleitet werden. Die ostdeutschen Regionen, die sich am Bundeswettbewerb „Innovationsregionen“ beteiligen, sollen „echte Testregionen zur Deregulierung von Bundesrecht“ werden. Der Stadtumbau Ost soll über das Jahr 2009 hinaus fortgeführt werden. Völlig unklar bleibt, was mit „Pilotprojekten zum demografischen Wandel“ gemeint ist. Auch eine Bemerkung zur „Reintegration von Älteren und Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt“ bleibt völlig imaginär.

Die Grünen betonen, dass die Fördermittel nicht zur allgemeinen Haushaltsdeckung eingesetzt werden dürften. Im Unterschied zu Union, FDP und SPD lehnen sie zusätzliche Mittel für die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur ab. Die Mittel sollen für Bildung, Forschung und direkte Wirtschaftsförderung verwendet werden. *Die Grünen* wollen den Technologietransfer von Hochschulen zur regionalen Wirtschaft. Wie die SPD bekennen sie sich zum Programm „Stadtumbau Ost“.

Die Linkspartei. PDS fordert einen Neuansatz für Ostdeutschland und strukturschwache Regionen in Ost und West. Zur Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage werden u. a. folgende Vorschläge unterbreitet: Länder mit besonderen Struktur- und Haushaltsproblemen sollten nicht mehr die Hälfte, sondern nur noch ein Viertel der Fördermittel kofinanzieren; die Mittel sollten gezielter zur Förderung von wissensbasierter Produktion eingesetzt werden; die Regionen sollen selbst über die Fördermittel entscheiden; es soll eine besondere regionale Leitbildplanung geben. In einem zweiten Schwerpunkt widmet sich *Die Linkspartei. PDS* der Zukunft durch Innovation und Bildung. Hier werden konkrete Vorschläge unterbreitet (Clusterbildung, mehr Fördermöglichkeiten für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen, neue Modelle der Hochschulfinanzierung und -verwaltung, stärkere Nutzung hoch qualifizierter Frauen u. a.) In einem dritten Schwerpunkt fordert das Wahlprogramm, den Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit zu geben.

Steuerpolitik

Die Steuerpolitik steht zusammen mit der Politik für oder gegen mehr Arbeitsplätze im Mittelpunkt des politischen Interesses. Die Vorstellungen der Parteien gehen hier weit auseinander.

Die **Union** will die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöhen, obwohl sie zuvor stets gegen Steuererhöhungen war. Die anderen Parteien lehnen die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab. Die CDU/CSU geht bei ihren steuerpolitischen Vorstellungen auch nicht mehr von einer Steuerentlastung der Bürgerinnen und Bürger aus. Bei der Einkommenssteuer soll der Eingangssteuersatz von 15 auf 12 Prozent sinken, der Spitzensteuersatz von 42 auf 39 Prozent. Vergünstigungen wie die Steuerfreiheit von Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, die Eigenheimzulage oder auch bestimmte Steuersparmodelle durch Fonds (Schiffe, Medien, Windkraft) sollen beseitigt werden. Die Pendlerpauschale wird von 30 auf 25 Cent pro Kilometer gekürzt. Auf Kapitaleinkünfte gibt es eine Abgeltungssteuer. Die Körperschaftssteuer sinkt von 25 auf 22 Pro-

zent. Beteiligungsverkäufe von Kapitalgesellschaften werden höher versteuert. Die Gewerbesteuer soll bleiben. Die Erbschaftssteuer soll beim Betriebsübergang gestundet werden. Sie entfalle bei einer Betriebsfortführung von mindestens zehn Jahren.

Nach dem Steuerkonzept der **FDP** soll nicht mehr nach verschiedenen Einkunftsarten unterschieden werden. Die Partei will ein Dreistufenmodell einführen: 15 Prozent (von 7.700 bis 15.000 Euro Einkommen), 25 Prozent (von 15.000 bis 40.000 Euro) und 35 Prozent für darüber liegende Einkommen. Für Unternehmen gelten nur die Steuersätze von 15 und 25 Prozent. Jedem Steuerbürger und seinen Familienmitgliedern stehe ein Steuerfreibetrag von 7.700 Euro zu. Für Familien gibt es besondere Entlastungen. Der Anteil der Gemeinden an der Umsatzsteuer soll von 2,2 auf 12 Prozent erhöht, die Gewerbesteuer aber gleichzeitig abgeschafft werden. Allgemein formuliert die FDP, die Öko-Steuer und den Solidarzuschlag abzubauen; dies aber offenbar nicht als direkt anstehende Maßnahmen. Insgesamt soll es Steuerentlastungen von 17 bis 19 Mrd. Euro geben. Damit aber würden die Leute den finanziellen Spielraum erhalten, „um mehr Eigenverantwortung für ihre soziale Absicherung zu übernehmen“. Die Partei lehnt die Erhöhung der Mehrwertsteuer ab.

Die **SPD** plant keine Steuersenkungen für Privatpersonen. Um eine Vermögenssteuer zu verhindern, will die SPD eine „Reichensteuer“ einführen (45 Prozent bei einem Jahres-Brutto von 250.000 Euro für Singles, 500.000 Euro für Verheiratete). Das würde aber nur 1,3 Mrd. Euro bringen. Das ist nicht mehr als „Symbolpolitik“, keine grundlegende Änderung der bisherigen unsozialen Steuerpolitik. Die Körperschaftssteuer soll sogar noch mehr gesenkt werden, als die CDU/CSU das will (von 25 auf 19 Prozent). Ähnlich wie die Union will sie kleinen Betrieben die Erbschaftssteuer erlassen, wenn die Erben das Unternehmen erhalten. Private Reparaturen bis 3.000 Euro sollen zu 20 Prozent absetzbar sein. In Europa wird eine Mindestbesteuerung von Unternehmen angestrebt.

Die Grünen sind gegen weitere Steuersenkungen. Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte sei eine Stabilisierung der Steuereinnahmen notwendig. Nach kontroverser Debatte auf dem Programmparteitag wurde eine Erhöhung der Mehrwertsteuer abgelehnt, aber eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent beschlossen. Mit letzterer Forderung machen sich *Die Grünen* unglaubwürdig, weil sie zuvor in der Bundesregierung die Senkung des Spitzensteuersatzes mitgetragen haben. Steuervergünstigungen und Steuersubventionen sollen abgebaut und Steuerflucht bekämpft werden. Genaueres erfahren wir dazu nicht. Betriebsverlagerungen ins Ausland dürften steuerlich nicht auch noch honoriert werden. Die Einnahmen aus der Körperschaftssteuer sollen durch die Ausweitung der Mindestbesteuerung stabilisiert werden. Ähnlich wie in den USA sollen im Ausland lebende Staatsbürger im Inland (also in Deutschland) steuerpflichtig sein, aber im Ausland bereits geleistete Steuern auf die Einkommenssteuerschuld angerechnet werden. Steuerschlupflöcher bei Alkohol und Tabak sollen geschlossen und Steuerbetrug stärker verfolgt werden. Beim heiß diskutierten Thema Öko-Steuern entschied der Parteitag, diese nicht zu erhöhen. Das Ehegattensplitting soll abgeschmolzen und die Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden, um die Einnahmen der Kommunen zu verstetigen. Auf EU-Ebene werden Vereinbarungen über eine Mindestbesteuerung von Unternehmen und eine einheitliche konsolidierte Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer angestrebt.

Die Linkspartei. PDS strebt ein solidarisches Steuersystem an. Einerseits sollen unterdurchschnittliche Einkommen entlastet werden, und andererseits soll die öffentliche Hand deutlich höhere Einnahmen bekommen. Mehreinnahmen seien möglich durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Einnahmen aus der Erbschaftsteuer, höhere Steuerzahlungen gewinnstarker, großer Unternehmen und durch eine Reform der Gewerbesteuer, die Einschränkung von Steuervergünstigungen, das Schließen von Steuerschlupflöchern für profitable Unternehmen und einkommensstarke Haushalte sowie durch eine höhere Besteuerung hoher Einkommen. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht müsse verstärkt, Börsengeschäfte und Finanzspekulationen müssten endlich besteuert werden. Die Möglichkeiten von Unternehmen, Gewinne in den Bilanzen zu verstecken oder in Niedrigsteuerländer zu verschieben, müssten eingeschränkt werden. Veräußerungsgewinne bei Wertpapieren und Immobilien sollen ohne Spekulationsfristen besteuert werden. Die Mehrwertsteuer soll bei 16 Prozent bleiben, aber es soll einen ermäßigten Satz von sieben Prozent zusätzlich beim Handwerk und bei apothekenpflichtigen Arzneimitteln geben.

Bei der Einkommenssteuer soll der Eingangssteuersatz 15 Prozent betragen – bei einem Freibetrag von 12.000 Euro. Der Spitzensteuersatz beträgt 50 Prozent ab 60.000 Euro. Die Steuerfreiheit bei Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit soll nicht gestrichen werden. Die Entfernungspauschale soll sogar auf 40 Cent pro Entfernungskilometer angehoben werden. Das Ehegattensplitting sei abzuschaffen.

Die Partei rechnet mit Mehreinnahmen von über 60 Mrd. Euro, die zur Finanzierung von Bildung und Innovation, für die sozialen Sicherungssysteme und für ein Zukunftsinvestitionsprogramm verwendet werden könnten.

Insgesamt betrachtet wollen CDU/CSU, SPD und *Grüne* die Steuereinnahmen erhalten, die FDP will sie senken. Lediglich *Die Linkspartei. PDS* will mehr Steuereinnahmen, um die Situation der öffentlichen Hand im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Sozialpolitik

Im Mittelpunkt des Interesses stehen hier die Positionen zum weiteren Umgang mit Hartz IV und zur weiteren Entwicklung der Sozialsysteme.

Die **CDU/CSU** will *Hartz IV* nicht korrigieren, sondern „optimieren“. Sie sieht noch nicht einmal eine Angleichung beim Arbeitslosengeld II von Ost- an Westniveau vor. Es soll lediglich die Organisationsstruktur überprüft und allen Kommunen die Option eingeräumt werden, diese Aufgabe wahrzunehmen. Die **SPD** hält an Hartz IV fest. Gleichzeitig kündigt sie zwei Korrekturen an: Das Arbeitslosengeld II soll im Osten auf Westniveau angeglichen und die Kürzung des Arbeitslosengeldes I für Ältere um zwei Jahre verschoben werden. **Die Grünen** gehen in der Korrektur von Hartz IV wesentlich weiter als die SPD. Sie wollen nicht nur die Regelsätze zwischen Ost und West angleichen, sondern auch eine stärkere Entkoppelung des Hilfebezugs vom Partnereinkommen, die Freistellung von notwendigen Altersvorsorgeaufwendungen sowie den Zugang zur aktiven Arbeitsmarktförderung für NichtleistungsbezieherInnen erreichen. **Die Linkspartei. PDS** will die Angleichung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro in Ost und West (zusätzlich Kosten der Unterkunft), höhere Freibeträge für Ersparnisse vor allem zur Alterssicherung und eine deutliche Verbes-

serung der Zuverdienstmöglichkeiten. Die Ablehnung unzumutbarer Arbeitsbedingungen dürfe nicht zum Verlust des Anspruchs führen. Zwang zur Arbeit wird abgelehnt. Ob es sich hier lediglich um eine Bekräftigung der vorhergehenden Aussage handelt oder um einen generellen Anspruch, bleibt offen.

Ein Vergleich der Positionen zeigt, dass die SPD und vor allem *Die Grünen* unter dem Druck der Öffentlichkeit und der *Linkspartei*. PDS sich gezwungen sahen, wenigstens teilweise ihren Regierungskurs in den Wahlprogrammen zu korrigieren.

Der Gedanke der **sozialen Grundsicherung** spielt in den Programmen von **Grünen** und **Linkspartei**. PDS eine große Rolle. Die **SPD** schreibt lediglich, dass sie eine Grundsicherung für alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen mit Hartz IV bereits eingeführt habe. **Die Grünen** betonen, dass sie mit „der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einen Schritt in Richtung einer sozialen Grundsicherung“ gegangen seien. Eine armutsfeste soziale Grundsicherung soll auf die politische Tagesordnung gesetzt und Schritt für Schritt verwirklicht werden. Sie sei einkommens- und vermögensabhängig zu gestalten und müsse positive Arbeitsanreize setzen. Die Regelsätze der Sozialhilfe und des ALG II müssten deutlich angehoben werden, damit sie vor Armut schützen und das sozio-kulturelle Existenzminimum sichern. Außerdem plädieren *Die Grünen* für die Einführung einer Kindergrundsicherung. **Die Linkspartei**. PDS wird konkreter. Sie will, dass Alleinstehende heute mindestens 750 Euro netto im Monat und eine Familie mit zwei Kindern mindestens 1.900 Euro erhalten. Die soziale Grundsicherung soll als Individualrecht jeder und jedem zustehen; d. h. es soll keine Bedarfsgemeinschaften mehr geben. Das erhöht die Kosten für Sozialhilfe deutlich.

Die **FDP** will die steuerfinanzierten Sozialleistungen als „Bürgergeld“ von den Finanzämtern auszahlen lassen (so genannte „negative Einkommenssteuer“). Dafür müssten alle staatlichen Sozialleistungen zusammengeführt werden. Künftig soll nur noch eine Behörde – das Finanzamt – die Einkommensbelastung jedes Bundesbürgers festlegen und die notwendigen Hilfeleistungen für die Bedürftigen und das Bürgergeld „zielgenau an die sozial Schwachen“ auszahlen. Wer zumutbare Arbeit ablehnt, bekommt die Grundleistung um 30 Prozent gekürzt; bei erneuter Ablehnung nochmals um 30 Prozent. Die Zuverdienstmöglichkeiten für niedrige Einkommensbereiche sollen deutlich verbessert werden.

Bei der **Krankenversicherung** will die **Union** bekanntlich die „solidarische Gesundheitsprämie“ (früher Kopfpauschale) 2007/2008 einführen, die im Kern gerade das Gegenteil von Solidarität bedeutet. Das ist die völlige Aushebelung des Solidarprinzips in der Krankenversicherung. Dazu gibt es nur ein paar allgemeine Aussagen. Die Mittel für Kinder sollen aus Steuermitteln finanziert werden. Niemand soll bei Einführung der Prämie mehr bezahlen als jetzt. Der Arbeitgeberbeitrag soll dauerhaft begrenzt und von der Entwicklung der Krankheitskosten abgekoppelt werden. Sowohl die Höhe der Prämie wie die Gesamtkosten, die aus Steuermitteln finanziert werden müssen, bleiben völlig im Dunkeln.

Die **FDP** will die gesetzlichen Krankenkassen abschaffen. Jeder Bürger soll sich privat versichern. Ein Mindestschutz wird Pflicht. Beiträge von Kindern und sozial Schwachen werden über Steuern finanziert.

SPD, Grüne und Die Linkspartei. PDS wollen die solidarische Bürgerversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger, auch Selbständige, Beamte und Politiker, sollen einbezogen werden. In den Parteien gibt es unterschiedliche Vorstellungen über die Ausgestaltung der Bürgerversicherung, die sich nicht immer in den Wahlprogrammen widerspiegeln. Das trifft z. B. auf das Problem zu, wie weit und in welcher Weise andere Einkommensarten (Kapitalerträge, Mieten usw.) einbezogen werden. Festzuhalten bleibt, dass *Grüne* und *Linkspartei. PDS* die Beitragsbemessungsgrenze anheben wollen, die SPD offenbar nicht. Auf Parität zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen beharrt nur *Die Linkspartei. PDS*. Sie will die private Krankenversicherung nur noch als Zusatzversicherung gelten lassen. Insgesamt aber stehen sich hier CDU/CSU und FDP einerseits und SPD, *Grüne* und *Linkspartei. PDS* andererseits gegenüber.

Bei der **Pflegeversicherung** wollen die **Union** und die **FDP** die Kapitaldeckung einführen. **SPD, Grüne und Linkspartei. PDS** wollen auch hier eine Bürgerversicherung einführen.

Bei der **Rente** will die **CDU/CSU** eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit vor allem durch kürzere Ausbildungszeiten und einen früheren Berufseintritt erreichen. „Sobald es die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt erlauben, kommt auch eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters in Frage.“ Familien erhalten einen Kinderbonus für neugeborene Kinder ab 1. Januar 2007 von monatlich 50 Euro pro Kind als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung. Da dies nicht von der Höhe des Einkommens abhängig gemacht wird, profitieren auch die Gutverdienenden davon.

Die **FDP** will den Beitragssatz bei 19 Prozent festschreiben und die Renten nicht kürzen. Wie das finanziert werden soll, bleibt unklar. Frührentner sollen stärkere Einbußen bei ihren Altersbezügen hinnehmen. Die **SPD** will das Renteneintrittsalter nicht erhöhen. Es soll aber erreicht werden, dass die Leute auch bis zum 65. Lebensjahr arbeiten. Betriebliche und private Altersvorsorge sollen stärker gefördert werden. **Die Grünen** betonen ebenfalls letzteres. **Die Linkspartei. PDS** will eine Rente mit einem Grundbetrag von 800 Euro monatlich. Noch bestehende Benachteiligungen ostdeutscher Rentner sollen aufgehoben werden. Die gesetzliche Rentenversicherung soll in eine Erwerbstätigenversicherung umgewandelt werden, in die alle Berufsgruppen, Freiberufler, Selbständige, Abgeordnete und in einem längeren Prozess auch Beamtinnen und Beamte einbezogen werden. Die Beitragsbemessungsgrenze soll an- und später aufgehoben werden. Menschen mit höherem Einkommen sollen in größerem Umfang für die solidarische Finanzierung der Renten herangezogen werden, ohne dass ihre Ansprüche im gleichen Umfang steigen.

Umweltpolitik

In der **Umweltpolitik** zeigt sich ein unterschiedliches, ja gegensätzliches Herangehen der untersuchten Parteien. Die **Unionsparteien** begreifen Umweltpolitik lediglich als additive Aufgabe, der man sich nach Kassenlage zuwenden könne. Sie wollen den Umweltschutz zurückfahren, obwohl auch sie auf diesem Feld großen Handlungsbedarf sehen. „Aber Umweltschutz muss bezahlbar sein. Umweltpolitik hat dort Grenzen, wo sie Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen unangemessen behindert.“

Dagegen sehen **Die Grünen** in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme. Sie wollen die Arbeitslosigkeit zwar mit „wirtschaftlicher Dynamik“, aber bei einer „Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch“ bekämpfen. Die Öko-Partei setzt vor allem auf die Job-Potenziale, die in ökologischer Modernisierung liegen: in der Energiewende, in Umwelt- und Weißen Biotechnologien und in der Nutzung nachwachsender Rohstoffe. Vor allem die Energiewende bringe wirtschaftliche Dynamik durch ökologische Innovation und senke die Abhängigkeit vom Erdöl.

Die **SPD** nimmt in der Umweltpolitik eine Mittelposition ein. Einerseits erkennt sie Möglichkeiten, die in einer Verbindung von Ökologie und Ökonomie liegen. Andererseits ist sie in einer strukturkonservativen Klientelpolitik gefangen (Stichwort: Steinkohlefinanzierung), die Umweltpolitik als Schönwetteraufgabe begreift. Die SPD plädiert daher eher halbherzig für ein Bündnis für Arbeit und Umwelt. Sie spricht sich für einen effizienten und sparsamen Umgang mit Energie und Rohstoffen, für nachhaltige Stoffwirtschaft, für den Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe sowie für solare Technologien aus, will ein Programm der energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude beginnen und damit auch den CO₂-Ausstoß reduzieren. Die SPD setzt auf die Vernetzung der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße, um ökonomische und ökologische Effizienzgewinne zu erzielen.

Die **FDP** setzt auch in der Umweltpolitik – dem Neoliberalismus verpflichtet – ganz auf den Markt und will „Markt und Umwelt versöhnen“. Zwar erklärt sie, Ökologie sei langfristige Ökonomie und der Schutz der Umwelt gehöre zu den unabdingbaren Zielen einer sozialen Marktwirtschaft, doch lehnt sie ein „Steuern mit Steuern“ (wie es die rot-grüne Bundesregierung mit der Öko-Steuer betreibt) ab. Es klingt gut, wenn die FDP für europaweit verbindliche Umweltstandards plädiert und „die vielen nationalen Sonderwege“ im Umweltschutz stoppen und korrigieren will, jedoch verbirgt sich dahinter die Absicht, die in der Bundesrepublik erreichten Standards im Umweltschutz abzubauen: „Alle zusätzlichen Auflagen, die über eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht hinausgehen, kommen auf den Prüfstand.“

Die Linkspartei. PDS will ähnlich wie *Die Grünen*, dass Ökonomie, Soziales und Ökologie in Einklang gebracht werden. Sie tritt für eine Energiewende, eine Verkehrswende und die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfälle ein. Sie plädiert für regionale Wirtschaftskreisläufe, ökologisches Wirtschaften und für die Ökologisierung der Landwirtschaft. Sie verfolgt eine Nachhaltigkeitsstrategie, in deren Zentrum sozial-ökologische Strukturreformen stehen müssten. „Wir wollen Eigentums- und Machtstrukturen schrittweise verändern, die einem ökologischen Wandel entgegenstehen.“ Im Interesse einer dezentralen Energieversorgung sollen die Energiemonopole entflochten und demokratischer Kontrolle unterstellt werden.

Von den Unterschieden im generellen Herangehen an die Umweltpolitik wird auch die Haltung der einzelnen Parteien in der **Energiepolitik** geprägt. Während **Die Grünen** und die **SPD** am Atomausstieg festhalten und **Die Linkspartei. PDS** diesen Ausstieg verkürzen will, lehnen **CDU/CSU** den Atomausstieg als „umweltpolitisch und auch technologisch verheerend“ ab, wollen ihn rückgängig machen und die Laufzeiten der Kernkraftwerke verlängern. Die **FDP** möchte die Option auf die zukünftige

Nutzung der Kernenergie zumindest offen halten und bezeichnet das Ausstiegsszenario aus der Kernenergie unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes als Fehler.

Alle Parteien plädieren für einen sparsamen und effizienten Umgang mit Energie und wollen die erneuerbaren Energien nutzen. Während aber die **Unionsparteien** auf einen breit gefächerten Energiemix aus Erdöl, Kohle, Gas, Kernenergie sowie Biomasse, Wasser-, Wind- und Sonnenenergie setzen, will **Die Linkspartei. PDS** bis 2050 erreichen, dass alle Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird, wobei offen bleibt, mit welchen Instrumenten dies realisiert werden soll. Nach den Vorstellungen der **Grünen** sollen bis zum Jahr 2020 ein Viertel der Stromversorgung, ein Viertel der Wärmenutzung, ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der heute noch chemisch produzierten Güter aus Erneuerbaren Energien und aus nachwachsenden Rohstoffen kommen, um das Ziel, „weg von Öl und Atom“ zu kommen, zu erreichen. Während also die Entwicklungspfade, die *Die Grünen* und *Die Linkspartei. PDS* einschlagen wollen, ähnlich sind, setzt die **SPD** angesichts der wachsenden Nachfrage nach Energie und den Herausforderungen des Klimawandels analog den Unionsparteien auf einen breiten Energiemix (allerdings unter Ausschluss der Kernenergie). Während aber **Die Grünen** und die **SPD** die Förderung erneuerbarer Energien fortsetzen wollen, beabsichtigen **CDU/CSU** und **FDP** deren Förderung zu beschränken bzw. zurückzufahren.

Die Aussagen der einzelnen Parteien zu **Bio- und Gentechnologien** sind zumeist wenig konkret. **CDU/CSU** wollen für die Entwicklung der Bio- und Gentechnologie „den notwendigen und verantwortbaren Rechtsrahmen schaffen“. Die **FDP** will unter dem Schlagwort der „Forschungsfreiheit“ die deutsche Stammzellgesetzgebung und das Gentechnikgesetz lockern und tritt für die „verantwortbare Nutzung“ der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ein. **Die Grünen** wenden sich gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel. Zu den innovativen Feldern der Zukunft rechnen sie aber auch „unbedenkliche Formen der Biotechnologie“ wie die biomedizinische Forschung. Die **SPD** will die Bio- und Gentechnologie für wirtschaftliches Wachstum nutzen. **Die Linkspartei. PDS** lehnt die Patentierung von Lebewesen und Genen ab und plädiert für einen verantwortungsbewussten Umgang mit den Möglichkeiten der Bio- und Gentechnologien.

Bildungs- und Familienpolitik

Alle Parteien räumen der **Bildungspolitik** einen hohen Stellenwert ein, setzen allerdings unterschiedliche Akzente. Die **Unionsparteien** treten für gleiche Bildungschancen für alle Kinder ein. Nach Auffassung der **FDP** soll es an Schulen und Hochschulen mehr Autonomie und Wettbewerb geben. Die **SPD** setzt auf gute Bildung und Qualifikation – vom Kindergarten bis zur Weiterbildung – und will gleiche Bildungschancen für alle. **Die Linkspartei. PDS** verlangt, die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, und fordert einen Rechtsanspruch auf lebensbegleitendes Lernen. **Die Grünen** wollen mehr Mittel in Bildung und Forschung investieren und den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Bildung dürfe nicht eine Frage des Geldbeutels sein.

CDU und CSU wollen die vorschulische Sprachförderung für alle Kinder ausbauen und treffen sich dabei mit der **SPD**, die durch gezielte Förderung Sprachdefizite vor

der Einschulung beheben will. Demgegenüber setzt die **FDP** auf verbindliche Sprachtests, um Bildungsdefiziten in den Kindertagesstätten vorzubeugen. **Die Grünen** plädieren allgemein dafür, Kinder von Anfang an individuell zu fördern, und **Die Linkspartei**. **PDS** fordert eine Konzentration der Anstrengungen auf die Bildung in der frühen Kindheit und in dem Kontext den Zugang für alle zu Kindertagesstätte und Vorschule.

Während **CDU/CSU** und **FDP** am überkommenen gegliederten Schulsystem festhalten wollen, orientiert die **SPD** etwas verwaschen auf ein Schulsystem, das stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet wird. Demgegenüber wollen **Die Grünen** und **Die Linkspartei**. **PDS** das dreigliedrige Schulsystem „überwinden“ bzw. „abschaffen“. **Die Linkspartei**. **PDS** möchte das gegliederte Schulsystem durch eine integrative Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10 ersetzen. Alle Parteien sprechen sich für ein ausgewogenes Netz von Ganztagsangeboten und/bzw. Ganztagschulen aus. Im Unterschied zu den anderen Parteien verstehen **CDU und CSU** Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach, das nicht durch einen allein in Verantwortung des Staates erteilten Werteunterricht verdrängt werden dürfe.

Alle Parteien sind sich im Prinzip darüber einig, dass es großer Anstrengungen bedarf, um allen ausbildungsfähigen und -willigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Nur die Wege, die sie dazu einschlagen möchten, unterscheiden sich deutlich. **CDU/CSU, FDP** und **SPD** setzen hierbei auf den mit der Wirtschaft vereinbarten Ausbildungspakt. Eine Ausbildungsplatzabgabe wird von CDU/CSU und FDP abgelehnt, von der SPD nicht erwähnt. Demgegenüber verlangen **Die Grünen** eine Ausbildungsplatzumlage, falls der Ausbildungspakt nicht greift. Nur **Die Linkspartei**. **PDS** fordert klar und uneingeschränkt die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. **CDU und CSU** wollen sogar ganz im Sinne der Unternehmen, aber zulasten der Auszubildenden deren Vergütung reduzieren. Ziel müsse sein, höhere Freiräume bei der Lehrlingsvergütung zu schaffen, „damit sich Ausbildung für die Betriebe wieder rechnet“.

Generell fordern **Die Grünen** bundeseinheitliche Bildungsstandards für Schulen, Hochschulen und die Berufsausbildung. Auch **Die Linkspartei**. **PDS** befürwortet einheitliche Qualitätsstandards im Bildungswesen und einheitliche Prüfungsanforderungen in ganz Deutschland. Die **FDP** verlangt einheitliche Qualitätsstandards für Schulen wie für Hochschulen und deren Kontrolle durch unabhängige Agenturen. Die **SPD** beschränkt demgegenüber ihre Forderung nach gemeinsamen Bildungsstandards und -zielen auf Kindertagesstätten. Für **CDU und CSU**, die ihre kleinstaatliche Bildungspolitik zum Tabu erhoben haben, ist dies hingegen kein Thema für Wahlprogramme.

Während nach Auffassung von **SPD** und **Grünen** das Erststudium gebührenfrei bleiben soll und **Die Linkspartei**. **PDS** Studiengebühren generell ablehnt, tritt die **FDP** für die Einführung von Studienentgelten ein. Die **Unionsparteien** schweigen in ihrem Wahlprogramm zwar zu diesem Thema, doch unionsgeführte Bundesländer wollen solche Gebühren erheben.

Ähnlich sieht es beim Bafög aus. **CDU/CSU** gehen in ihrem Wahlprogramm zwar nicht auf diese Frage ein, doch Spitzenpolitiker der CDU wie Anette Schavan wollen das Bafög abschaffen. Demgegenüber plädiert die **SPD** für den Erhalt des Bafög,

Die Grünen wollen das Bafög zu einer elternunabhängigen Unterstützung ausbauen, und **Die Linkspartei. PDS** fordert eine ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen, um einen sozial gleichen Zugang zum Hochschulstudium – unabhängig von der sozialen Herkunft – zu gewährleisten. Nach den Vorstellungen der **FDP** soll das Bafög in einem „Bürgergeld“ aufgehen.

In der **Kinder- und Familienpolitik** legen **Die Grünen** und **Die Linkspartei. PDS** die Betonung auf die Förderung der Kinder, während **CDU/CSU, SPD** und auch die **FDP** den Akzent auf die Familie und deren finanzielle Besserstellung setzen. Für die **Unionsparteien** ist die Familie die wichtigste Form des Zusammenlebens: „Wir stehen zum besonderen Schutz von Ehe und Familie.“ Die Unionsparteien wollen einen einheitlichen Grundfreibetrag für jede Person, sei sie Erwachsener oder Kind, von 8.000 Euro einführen. Eine Familie mit zwei Kindern würde damit bis zu einem Jahreseinkommen von rund 38.200 Euro einkommenssteuerfrei bleiben. Die Unionsparteien wollen ab 1. Januar 2007 für neugeborene Kinder einen Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung einführen. Alle Kinder sollen künftig beitragsfrei versichert werden. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll stärker gefördert werden.

Die **FDP** plant einen steuerlichen Grundfreibetrag für Eltern und Kinder pro Person von jährlich 7.700 Euro. Familien mit geringen Einkommen sollen 200 Euro Kindergeld erhalten. Die FDP will zudem Kindergeld, Arbeitslosengeld II und Wohngeld in einem „Bürgergeld“ bündeln. Mittelfristig soll ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder auch im dritten Lebensjahr geschaffen werden. Die Gebühren für Halbtagskindergärten sollen ab dem 4. Lebensjahr nach dem Willen der FDP schrittweise entfallen. Die FDP fordert einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten bereits ab Ende des Mutterschutzes (8 Wochen nach der Geburt).

Nach Auffassung der **SPD** soll Deutschland familienfreundlicher werden. Die SPD will das Erziehungsgeld in ein Elterngeld umwandeln, das ein Jahr lang das Einkommen ersetzt. Der Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung ab dem 2. Lebensjahr soll bis 2010 erreicht werden. Kindertagesstätten sollen schrittweise gebührenfrei werden. Das Gender-Mainstreaming-Prinzip zur Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit soll in allen politischen Bereichen konsequent angewandt werden.

Nach dem Wunsch der **Grünen** soll der Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern zu einer Kindergrundsicherung ausgebaut werden, um zu verhindern, dass Kinder für Familien, insbesondere für Frauen, zum Armutrisiko werden. **Die Grünen** verlangen, einen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung für Kinder vom ersten Lebensjahr an einzuführen und mittelfristig das letzte Jahr vor der Einschulung kostenfrei zu stellen.

Die Linkspartei. PDS will gebührenfreie Kindertagesplätze für alle Kinder und einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an erreichen. Bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe soll es keine Anrechnung des Kindergeldes mehr geben. **Die Linkspartei. PDS** fordert, das Kindergeld von 154 auf 250 Euro zu erhöhen. Sie plädiert für die soziale Integration von Kindern aus eingewanderten Familien.

Bürgerrechte und Demokratie

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der *Linkspartei*, *PDS*, der *SPD* und selbst der *FDP* auf der einen Seite und *CDU/CSU* auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Unionsparteien kein Thema. Vielmehr laufen die von ihnen anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Nach Auffassung der **Unionsparteien** reichen angesichts der Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus die bisherigen gesetzgeberischen und organisatorischen Maßnahmen dazu noch nicht aus: „Zum Schutz der Bürger vor Kriminalität und den Gefahren des internationalen Terrorismus müssen bestehende Gesetzeslücken rasch geschlossen und Schwächen in der Organisationsstruktur der Sicherheitsbehörden beseitigt werden.“ Die Konservativen wollen den Einsatz der Bundeswehr für die Abwehr von terroristischen Gefahren zulassen, ein gemeinsames Informations- und Analysezentrum sowie gemeinsame Anti-Terror-Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten schaffen, schärfere Sicherungsmaßnahmen zum Schutz vor dringend terrorverdächtigen Ausländern einführen, effektive Kronzeugenregelungen ermöglichen, die Erhebung und Speicherung von Telekommunikations- und Verbindungsdaten verbessern, eine Visa-Warndatei einführen und ausländische Straftäter „konsequent“ abschieben. Die DNA-Analyse müsse „zum Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts“ werden.

Die Unionsparteien wollen strikt gegen die hohe Kinder- und Jugendkriminalität vorgehen. Sie drohen: „Wir werden dafür sorgen, dass das allgemeine Strafrecht in der Regel bei Heranwachsenden angewendet wird. Wir werden das Höchstmaß der Jugendstrafe auf 15 Jahre erhöhen, die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung bei Heranwachsenden ausweiten und im Jugendstrafrecht die nachträgliche Sicherungsverwahrung einführen.“

Während *CDU/CSU* – zum Teil verklausuliert – die Bundeswehr auch im Inneren einsetzen möchten („für die Abwehr von terroristischen Gefahren“ oder als „Dienstleistung im Bereich des Katastrophenschutzes“), lehnen die anderen Parteien einen Einsatz der Bundeswehr im Innern ab.

Die **SPD** will auf den internationalen Terrorismus mit entsprechenden Gesetzen schnell und wirkungsvoll reagieren – „möglichst präventiv, wo nötig repressiv“. Die Innere Sicherheit soll durch Prävention im Bereich der Jugendkriminalität, durch besseren Datenaustausch von Polizei und Justiz in Europa, durch die Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit dem weltweit größten Digitalfunksystem und durch zusätzliche Kompetenzen für das Bundeskriminalamt verbessert werden.

Die Grünen konstatieren eine „ernsthafte Bedrohung durch international agierende terroristische Gruppen“. Sie wollen diese Herausforderung annehmen, aber die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wahren. „Mit den Terrorismusbekämpfungsgesetzen sind Maßnahmen ergriffen worden, die erhebliche Eingriffe in die Bürgerrechte darstellen. Mit der Befristung der Gesetze, rechtsstaatlichen Hürden und der Stärkung der parlamentarischen Kontrolle bei deren Anwendung und Evaluation haben wir in den entscheidenden Bereichen dafür gesorgt, die Anwendung zu begrenzen und im Zweifelsfall auch wieder rückgängig machen zu können.“ *Die Grünen*

möchten die Möglichkeiten zur Telefonüberwachung einschränken und wenden sich weiterhin gegen eine zentrale Referenzdatei für biometrische Daten.

Auch **Die Linkspartei. PDS** nimmt die Furcht vieler Menschen vor Kriminalität und Terrorismus ernst, wendet sich aber gegen eine Politik, die die Sorgen und Ängste der Menschen anheizt, um Grund- und Freiheitsrechte einzuschränken. Sie tritt für den Schutz des Einzelnen vor unverhältnismäßigen staatlichen Eingriffen ein, will den „Großen Lauschangriff“ abschaffen und ist wie *Die Grünen* gegen eine Aufhebung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Geheimdiensten.

Vor allem *Die Linkspartei. PDS*, *Die Grünen* und die FDP räumen im Gegensatz zu CDU und CSU in ihren Wahlprogrammen Vorstellungen zur Erweiterung von Bürgerrechten und zum Ausbau der Demokratie breiten Raum ein. Auch bei der SPD finden sich dazu – allerdings in geringerem Umfang – entsprechende Passagen.

Die Linkspartei. PDS fordert mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Demokratische Bürger- und Freiheitsrechte sind wie soziale Grundrechte für sie unverzichtbare Bedingung demokratischer Politik. „Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für den Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung.“ *Die Linkspartei. PDS* engagiert sich daher für die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene. Sie streitet für das Wahlrecht für Nicht-Deutsche, die ständig in Deutschland leben, und wie *Die Grünen* für eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.

Die Grünen werben für eine weltoffene und pluralistische Zivilgesellschaft: „Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiter führen. Der Realität der multikulturellen Demokratie begegnen wir nicht mit Abschottung und Diskriminierung nach innen und außen, sondern mit einer Politik der Anerkennung und Integration.“ Niemand solle wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der sexuellen Identität, des Alters oder wegen einer Behinderung benachteiligt werden. Im Interesse einer Stärkung der Bürgerrechte wollen *Die Grünen* – bei Gewährleistung der Grundrechte und des Minderheitenschutzes – Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene einführen.

Die **SPD** erklärt: „Wir wollen eine lebendige Demokratie und eine aktive Bürgergesellschaft.“ Sie plädiert ebenso wie die FDP für mehr direkte Demokratie und damit für Volksentscheide bzw. Volksabstimmungen.

Die **FDP** meint, der Gesetzgeber müsse im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit die richtige Balance finden. Die Innere Sicherheit könne nur durch den Rechtsstaat verteidigt werden, nicht gegen ihn. Die Partei lehnt das EU-Fluggastdatenabkommen mit den USA ab und hält die Aufnahme biometrischer Daten in Ausweisdokumente über ein digitales bzw. digitalisiertes Lichtbild hinaus für nicht erforderlich. Sie will den „Großen Lauschangriff“ abschaffen. Video- und Telefonüberwachung sowie die DNA-Analyse sollen nur mit Einschränkungen genutzt werden. Das Bankgeheimnis soll wiederhergestellt werden. Die FDP betont ähnlich den *Grünen* und der *Linkspartei. PDS*, dass Diskriminierungen wegen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, einer Behinderung,

des Alters und der sexuellen Identität in einer aufgeklärten Gesellschaft keinen Platz haben dürfen.

Ein wichtiges Thema in den Wahlprogrammen von CDU/CSU, FDP, *Grünen* und *Linkspartei*. *PDS* ist die ausstehende **Föderalismusreform**. Von der SPD wird diese Frage dagegen nicht thematisiert. Die **Unionsparteien** wollen mit dieser Reform Machtverschränkungen entzerren, Verantwortlichkeiten entflechten und gegenseitige Blockademöglichkeiten abbauen. Der Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat soll reduziert, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in ganzen Politikfeldern (Bereich der Organisations- und Personalhoheit der Länder; Bildung) gestärkt und Mischfinanzierungen bei gleichzeitiger finanzieller Absicherung der fortbestehenden Länderaufgaben abgebaut werden.

Die Reform des deutschen Föderalismus – so die **FDP** – müsse konsequent dem Subsidiaritätsprinzip folgen. Eine Neuverteilung und Trennung der Aufgaben zwischen den staatlichen Ebenen sei erforderlich. Die jeweils ausschließliche Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern müsse die Regel sein, während die konkurrierende Gesetzgebung zur Ausnahme werden müsse. Jede staatliche Ebene brauche eigene, gesicherte Einnahmequellen.

Nach Auffassung der **Grünen** müsse die ausstehende Föderalismusreform für klare Verantwortlichkeiten im Bundesstaat sorgen, die überzogene Verflechtung zwischen Bundesrat und Bundestag beseitigen, in der Europa-Politik den Handlungsspielraum des Bundes sichern, die Parlamente in Bund und Ländern stärken und die Mitwirkungsrechte des Bundesrates auf die wirklichen Länderbelange begrenzen.

Die Linkspartei. *PDS* plädiert im Kontext der Föderalismusreform generell für eine Stärkung von Bundestag und Landesparlamenten gegenüber Regierungen und ihren Apparaten. Sie steht für einen kooperativen, solidarischen Föderalismus: „Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder müssen erheblich erweitert, die Kompetenzen der Landtage gestärkt werden. Es geht um mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Bürgernähe sowie mehr Handlungs- und Gestaltungsraum für diejenigen, die den sozialen Problemen am nächsten sind.“

Fragen der **Migrations- und Flüchtlingspolitik** werden in allen untersuchten Wahlprogrammen aufgegriffen. Während *Linkspartei*, *PDS* und *Grüne* in ihren Wahlprogrammen Deutschland als Einwanderungsland begreifen und die Lage von Flüchtlingen verbessern wollen, setzen CDU/CSU aber auch SPD auf Begrenzung von Einwanderung. Die **FDP** zeigt sich hingegen mit den gegenwärtigen Regelungen zur Zuwanderung und zum Staatsbürgerschaftsrecht zufrieden und will sie beibehalten. In ihrer Zuwanderungspolitik setzt sie vor allem auf Integration. Die Partei bekennt sich zu einem kulturellen Miteinander auf der Grundlage von universellen Werten. Zwangsverheiratungen müssten daher als Menschenrechtsverletzung öffentlich geächtet werden.

Die **Unionsparteien** wollen die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft, Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können. Sie verlangen zudem rechtlich verbindliche Integrationskurse von Ausländern, wollen Zwangsverheiratung verbieten und die Nötigung zur Zwangsheirat zu einem eigenen Straftatbestand

machen. EU-Recht wie die Anti-Diskriminierungsrichtlinie wollen CDU/CSU nur noch 1:1 in nationales Recht umsetzen.

Die **SPD** setzt auf Steuerung, Begrenzung und Integration von Zuwanderung. Ziel sei die Einbürgerung von Menschen, die Deutschland legal zum Lebensmittelpunkt gemacht haben. Islamischer Religionsunterricht soll vor allem in deutscher Sprache angeboten werden. Zwangsheirat soll explizit als Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen werden.

Die Grünen setzen sich für eine erleichterte Einbürgerung von Zuwanderern und eine großzügige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ein. Sie fordern klare gesetzliche Bleiberechtsregelungen und für alle zugängliche Integrationskurse.

Die Linkspartei. PDS verteidigt das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl. Sie fordert die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen (wie Asylbewerberleistungsgesetz oder Residenzpflicht), plädiert für ein Antidiskriminierungsgesetz und tritt für eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrations-Politik auf der Basis menschenrechtlicher Standards ein. Sie verlangt ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht, das endgültig vom „Blutrecht“ Abschied nimmt und die doppelte Staatsangehörigkeit zulässt. Sie streitet für das Wahlrecht für Nicht-Deutsche, die ständig in Deutschland leben.

Angesichts der Gefahren, die von Fremdenfeindlichkeit und **Rechtsextremismus** für die Demokratie ausgehen, befassen sich die Wahlprogramme von SPD, *Grünen* und *Linkspartei. PDS* mit diesem Problem. Dagegen ist diese Frage der **CDU/CSU** keine Zeile wert. Die **SPD** erklärt, bei der Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus nicht nachlassen zu wollen. Die **FDP** will, wie sie in ihrem 540seitigen „Wechsel-Lexikon“, auf dem ihr Programm zur Bundestagswahl 2005 beruht, darlegt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit bekämpfen und insbesondere die Ursachen von Rechtsextremismus konsequenter angehen. **Die Grünen** betonen, sich gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus zu engagieren.

Die Linkspartei. PDS geht am ausführlichsten auf diese Frage ein und fordert die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten sowie eine bessere Aufklärung über Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. „Wer sich gegen die Grundrechte in einer demokratischen Gesellschaft, gegen Freiheit, Gleichheit, Gewaltenteilung und gleiche demokratische Teilhabe stellt, soll politisch und gegebenenfalls strafrechtlich bekämpft werden“, so *Die Linkspartei. PDS*. Sie will sich auch in Zukunft für breite Bündnisse zur Bekämpfung der extremen Rechten einsetzen.

Außen-, Sicherheits- und Europa-Politik

In der **Außenpolitik** werden von SPD und *Grünen* einerseits und CDU/CSU und FDP andererseits gegensätzliche Akzente gesetzt. SPD und *Grüne* wollen ihre „selbstbewusste Außenpolitik“, die sie sich mit dem Blick auf das Nein zum Irak-Krieg der USA bescheinigen, fortsetzen. CDU/CSU und – mit Abstrichen – die FDP haben eine stärkere Gefolgschaft zu den USA im Auge.

Die **Unionsparteien** postulieren: „Die Verantwortung Deutschlands für die europäische Einigung, für die transatlantische Partnerschaft, für die Existenz Israels ist Kern der Staatsräson Deutschlands.“ Die transatlantische Zusammenarbeit mit den USA soll neu belebt, die Beziehungen zu Frankreich und den USA sollen in der Balance gehalten werden. Gleichwohl gibt es zu einer möglichen Rolle der Bundesrepublik im Irak unter einer schwarz-gelben Regierung keine Aussagen. Auch die **FDP** fordert die „Rückkehr zu einer vertrauensvollen transatlantischen Zusammenarbeit“ und erklärt: „Die transatlantische Partnerschaft Deutschlands mit den USA ist für uns tragende Grundkonstante deutscher Außenpolitik seit 1945.“ Diese tiefe Verbindung müsse unabhängig von den jeweiligen Regierungen gelten. Die deutsch-französische Freundschaft dürfe allerdings nicht vernachlässigt werden.

Die **SPD** betont dagegen, Deutschland müsse eine starke Friedensmacht bleiben. Konflikte sollen durch Verständigung, zivile Krisenprävention und das Angebot der Integration vermieden werden. Die SPD will im Rahmen des Völkerrechts Frieden sichern und schaffen, „auch mit militärischen Mitteln, wo es nötig ist und die Humanität es gebietet“. Aktive Friedenspolitik sei die Lehre aus der deutschen Geschichte.

Die Grünen betonen: „Die transatlantische Zusammenarbeit bleibt ein Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Und wir werden uns aktiv an der Entwicklung einer neuen transatlantischen Agenda beteiligen.“ Dabei wollen sie sich für einen effektiven Multilateralismus engagieren, aber gegen Alleingänge und gegen jede Strategie, die die UNO schwächt und internationales Recht aushöhlt. „Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein“, so *Die Grünen*. Es sei richtig, dass internationale Sicherheit viel mehr brauche als Militär, nämlich Krisenprävention, Menschenrechte, Demokratie, Armutsbekämpfung, geostrategische Umweltpolitik und faire Chancen für Entwicklungsländer. Weltweit will die Öko-Partei auf internationale Abrüstung, auf Rüstungsbegrenzung und auf die Stärkung der Rüstungskontrollregime setzen. Die von ihr sanktionierten Kriege auf dem Balkan und in Afghanistan ignorierend, erklärt sie: „Kriege dürfen kein Mittel der Politik sein.“

Die Linkspartei. PDS setzt der neoliberalen Globalisierung Forderungen entgegen, die auf die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards gerichtet sind, die die Menschenrechte stärken und eine demokratische Regulation der Finanzmärkte verlangen. Sie fordert, die Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben, eine Forderung, die sich auch in den Wahlprogrammen von SPD und *Grünen* findet, die diese aber in ihrer Regierungszeit nicht einmal ansatzweise realisiert haben. *Die Linkspartei. PDS* verlangt eine umfassende Entschuldung der Entwicklungsländer und die Förderung von Schritten einer selbst bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung, um gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd herzustellen.

Während die Frage einer **Reform der UNO** im Wahlprogramm von **CDU/CSU** nicht erwähnt wird, plädieren FDP, SPD, *Grüne* und *Linkspartei. PDS* ausdrücklich für eine solche Reform, um die wichtigste Weltorganisation zu stärken und handlungsfähiger zu machen. **Die Grünen** befürworten in diesem Zusammenhang die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung als beratendes Gremium für die UNO. Langfristiges Ziel der Öko-Partei bleibe eine gemeinsame ständige Vertretung der EU im UN-Sicherheitsrat. Eine Frage, in der sie sich mit der **FDP** treffen: Auch die Liberalen

plädieren für einen europäischen Sitz im UNO-Sicherheitsrat; ein deutscher Sitz in diesem Gremium wäre für sie nur die „zweitbeste Lösung“. Verklausuliert strebt die **SPD** einen Sitz der Bundesrepublik im UN-Sicherheitsrat an: „Deutschland ist bereit, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.“ **Die Linkspartei. PDS** tritt nicht nur für eine Stärkung und Reform der UNO ein, sondern auch für eine umfassende Demokratisierung von IWF und Weltbank.

In der **Europapolitik** setzen die **Unionsparteien** nach den gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und in den Niederlanden eher nationale Akzente und plädieren kaum verhohlen für eine Verlangsamung oder gar einen Stopp der Erweiterung der EU und für eine Entschleunigung ihrer Integration in die Tiefe, ja sogar für ein Zurückdrehen der Integrationsschraube. Demgegenüber wollen **SPD** und **Grüne** sowohl die Erweiterungspolitik der EU fortsetzen als auch die Integration weiter vertiefen. Nach Meinung der **FDP** dürfe die Vertiefung der Integration, bei der sie „mutige Schritte“ einfordert, auf keinen Fall durch die Erweiterung der EU in Frage gestellt werden. **Die Linkspartei. PDS** will dagegen die Richtung der Entwicklung der Europäischen Union verändern. Sie will eine Europäische Union, die sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen gibt und konsequent zu einer nicht-militärischen Vereinigung wird.

Die **Unionsparteien** erklären, mit ihrer Europapolitik verloren gegangenes Vertrauen in die europäische Friedens- und Integrationspolitik zurückgewinnen zu wollen. Die Aufgabenfülle der Europäischen Union müsse auf das Notwendige beschränkt werden, das Subsidiaritätsprinzip müsse Maßstab für EU-Handeln sein. CDU/CSU versprechen, sich für die Fortschritte einzusetzen, die der Verfassungsvertrag beinhaltet, insbesondere die Grundrechte-Charta, die Bestimmungen zu den Institutionen und zur Verbesserung der Kompetenzabgrenzung sowie zur Verbesserung der Außenpolitik der Europäischen Union. Sie wollen die militärischen Fähigkeiten und Handlungsoptionen der Europäischen Union erhöhen und verbessern, um den europäischen Pfeiler der atlantischen Sicherheitspartnerschaft zu stärken. CDU/CSU fordern ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin und erklären: „Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Osteuropa haben auch nach der Osterweiterung eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn.“

Die **FDP** strebt eine starke, handlungsfähige und politisch integrierte EU an, die in der Welt mit einer Stimme spricht. Sie will, dass die EU ein dynamischer Wirtschaftsraum in der globalisierten Welt wird. „Langfristiges Ziel bleibt für uns Liberale dabei ein föderales Europa.“ Die weitere politische Integration dürfe aber nicht zu einer unkontrollierten Ausweitung der Zuständigkeiten der EU führen. Vielmehr müsse sich die EU auf ihre Stärken konzentrieren und ihre Kernaufgaben besser erfüllen: eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen durch die Vollendung des Binnenmarktes, eine stabile gemeinsame Währung, weitere Liberalisierung des Welthandels und die Forcierung von Forschung und Innovation sowie die Entwicklung zu einem gemeinsamen Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht. Das Europäische Parlament soll gestärkt und mit allen klassischen Befugnissen eines Legislativorgans ausgestattet werden.

Die **SPD** plädiert für ein bürgernahes, soziales, demokratisches und starkes Europa. Die Vereinbarung einer gemeinsamen, in Menschenrechten gründenden, demokratisch legitimierten Grundlage für die zukünftige Arbeit in Europa, wie es der Europäische Verfassungsvertrag verkörpere, bleibe aktuell und für die SPD ein Ziel. Die SPD will das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell mit seiner gestaltenden Rolle des Sozialstaates und dem freien Zugang zu öffentlichen Gütern erhalten und festigen und tritt für abgestimmte wirtschafts- und beschäftigungspolitische Initiativen, insbesondere in der Eurozone, ein. Europa müsse seine Handlungsfähigkeit in Sachen Frieden und Sicherheit weiter ausbauen.

Die Grünen erklären: „Wir wollen ein starkes demokratisches und solidarisches Europa und machen uns für eine transparente und bürgernahe EU stark.“ Ähnlich dem der FDP enthält das Wahlprogramm der *Grünen* die Forderung, den institutionellen Rahmen und die Grundrechte-Charta des jetzigen Verfassungsvertrages der Europäischen Union, die einer nationalen Verfassung ähnlich sind, in einer europaweiten Volksabstimmung am Europatag 2007 den Bürgerinnen und Bürgern der Mitgliedsstaaten der EU zur Entscheidung vorzulegen. „Eine gemeinsame Verfassung Europas bleibt unser ausdrückliches Ziel.“

Die Linkspartei. PDS „sagt JA zu Europa, JA zu einer sich wandelnden Europäischen Union“. Im Zentrum dürfe nicht länger allein der Markt, sondern müssten Existenz sichernde Arbeitsplätze und soziale Sicherheit stehen. Unverzichtbar sei die Ergänzung der Währungsunion durch eine Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltunion. Die geplante Dienstleistungsrichtlinie sei zurückzunehmen. *Die Linkspartei. PDS* fordert einen neuen Europäischen Verfassungsvertrag, der die oben genannten Forderungen berücksichtigt und nach dem unter anderem dem Europäischen Parlament das Recht zur Gesetzesinitiative und die volle Entscheidungsfreiheit bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten zu geben sei. Nach Auffassung der *Linkspartei. PDS* soll auch in Deutschland das Volk direkt über die Änderung der Verträge zur Europäischen Union und insbesondere über den Verfassungsvertrag für die Europäische Union entscheiden.

Die **Unionsparteien** setzen sich lediglich für eine „privilegierte Partnerschaft“ der Türkei mit der EU ein. Auch bei den geplanten Beitritten Bulgariens und Rumäniens müssten die Beitrittskriterien strikt eingehalten werden. Dagegen treten die **SPD**, die **FDP** und **Die Grünen** für die EU-Erweiterung durch Bulgarien und Rumänien ein und halten an einer Beitrittsperspektive der Türkei fest. Allerdings müsse – so die SPD – jedes neue Land der Europäischen Union vor dem Beitritt die innere Demokratisierung vollziehen. Und die FDP schränkt (damit einen Schritt auf die Unionsparteien zugehend) ein: „Der Beitritt weiterer Staaten ist nur möglich, wenn diese sich als beitriffähig und die EU sich als aufnahmefähig erweisen.“ **Die Linkspartei. PDS** geht in ihrem Bundestagswahlprogramm nicht auf Fragen der EU-Erweiterung ein, hatte sich aber in ihrem Europa-Wahlprogramm 2004 ähnlich wie *Grüne* und SPD positioniert.

Unterschiedliche Positionen werden in den Wahlprogrammen der Parteien auch zur **Sicherheitspolitik** deutlich. Nach Auffassung der **Unionsparteien** bleibe Landesverteidigung die verfassungsmäßige Kernaufgabe der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee. Die **FDP** will die Bundeswehr in eine „bedarfsgerechte und bündnisfähige“ Freiwilligenarmee umbauen, ihre Ausrüstung und Bewaffnung umfassend modernisieren

und ihren Personalbestand auf maximal 240.000 Soldaten reduzieren. Die **SPD** plant, den Umbau der Bundeswehr mit dem Ziel, Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung wahrzunehmen, fortzusetzen. Militärische Auslandseinsätze werden befürwortet, „wo das zur Sicherung des Friedens und dem Schutz der Menschenrechte unumgänglich ist“. Nach Auffassung der **Grünen** darf die Bundeswehr dagegen international nur mit UN-Mandat eingesetzt werden. **Die Linkspartei. PDS** lehnt hingegen Kriegseinsätze deutscher Soldaten generell ab.

Während **CDU und CSU** die **Wehrpflicht** „gerecht“ weiter entwickeln wollen, treten **FDP, Die Grünen** und **Die Linkspartei. PDS** für die Abschaffung der Wehrpflicht ein. Nach Auffassung der *Grünen* soll an die Stelle der Wehrpflicht ein „freiwilliger flexibler Kurzdienst“ treten; der Zivildienst soll durch einen Ausbau der Freiwilligendienste ersetzt werden. Bei der **SPD** fehlt eine Festlegung zur Wehrpflicht im Wahlprogramm, weil diese Frage in ihren Reihen umstritten ist.

Die Grünen unterstützen die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und ihre eindeutige Verpflichtung auf die UNO-Charta. „Wir wollen durch eine stärkere Kooperation der Staaten auch Einsparpotenziale in den Militäretats nutzen.“

Nach dem Willen der **Linkspartei. PDS** soll dagegen statt einer Europäischen Rüstungsagentur eine Agentur für Abrüstung und Konversion gegründet werden. *Die Linkspartei. PDS* will die Mittel für Rüstung drastisch reduzieren und mit einem nationalen Konversionsprogramm 30.000 bis 40.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Sie will die Bundeswehr zahlenmäßig auf eine Personalstärke von 100.000 Mann reduzieren und lehnt die Aufstellung europäischer Interventionsstreitkräfte ab.

Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Der Vergleich der Wahlprogramme von CDU/CSU, FDP, SPD, *Grünen* und *Linkspartei. PDS* zur Bundestagswahl 2005 eröffnet den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien, markiert die Nähe oder Ferne dieser Positionen auf diesen Linien und antizipiert sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen:

- Auf einer Achse „*Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung*“ bilden FDP und *Linkspartei. PDS* die Antipoden. CDU/CSU liegen auf dieser Achse nahe bei der FDP, während SPD und *Grüne* programmatisch und im Gegensatz zu ihrer Politik der letzten sieben Jahre eher auf einer mittleren Position zu verorten sind, ja sich teilweise der *Linkspartei. PDS* nähern. Dies zeigt sich besonders in den Positionen zur Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik.
- Auf einer Achse „*libertäre versus autoritäre Orientierung*“ sieht das Bild anders aus. Hier bilden CDU/CSU auf der autoritären Seite den Gegenpol zu *Linkspartei. PDS* und *Grünen* auf der libertären Seite. Die SPD befindet sich auf dieser Achse in der Nähe von CDU/CSU, während die FDP nahe bei *Linkspartei. PDS* und *Grünen* liegt. Dies wird vor allem in der Innenpolitik – auf dem Politikfeld Bürgerrechte und Demokratie – deutlich.
- Auf einer Achse „*nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus europäische Orientierung*“ stehen die Unionsparteien auf der nationalen

bzw. tendenziell nationalistischen Seite, wie sich dies in der Zuwanderungspolitik und in der Europapolitik deutlich zeigt. Dagegen befinden sich *Die Grünen* und *Die Linkspartei*. *PDS* auf der Seite der europäischen Orientierung. Während die SPD zumindest in der Zuwanderungspolitik mehr zu den Positionen von CDU/CSU neigt, profiliert sich die FDP eher europäisch. Gleichwohl tendiert sie dazu, anstelle eines deutschen Zauns eine EU-Mauer gegen andere Teile der Welt zu errichten.

Generell weisen die Programme von *Grünen* und *Linkspartei*. *PDS* die größte Schnittmenge auf. Ob diese Gemeinsamkeiten in der Opposition zum Tragen kommen, ist jedoch nicht sicher.

In der **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** folgen CDU/CSU und FDP neoliberalen und angebotsorientierten Leitbildern. Die Senkung der Lohnkosten (besonders der Zusatzkosten), längere Arbeitszeiten, Abbau der Arbeitnehmerrechte, Kombi-Löhne und die Deregulierung des Arbeitsmarktes sind dabei für sie die entscheidenden Hebel, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie wollen die bisherige Regierungspolitik von Rot-Grün in diesem Bereich noch hemmungsloser fortführen. SPD und *Grüne* bekräftigen ihren bisherigen Kurs, nehmen aber einige wichtige Korrekturen vor. Die SPD will die Arbeitnehmerrechte erhalten und plädiert für angemessene Löhne. SPD und *Grüne* sprechen sich vorsichtig – aber nicht konsequent – auch für Mindestlöhne aus. *Die Linkspartei*. *PDS* fordert einen Mindestlohn von 1.400 Euro. Im Programm der *Grünen* finden sich Formulierungen über die Entlastung von Lohnnebenkosten durch die abgestufte Übernahme von Lohnnebenkosten durch den Staat und die Stärkung von Übergangsmärkten zwischen Markt und Staat, in denen vor allem Langzeitarbeitslose Arbeit finden sollen. *Die Linkspartei*. *PDS* unterbreitet hier einen viel konsequenteren Vorschlag: Sie will die Mittel, die bisher für das ALG II und für „Ein-Euro-Jobs“ ausgegeben werden, zusammen mit Mitteln aus verschiedenen Förderprogrammen und aus der geforderten Vermögenssteuer in vollwertige versicherungspflichtige Arbeitsplätze umwandeln.

In der **Arbeitszeitpolitik** gehen die Positionen der Parteien weit auseinander. Die CDU spricht sich gegebenenfalls für eine Verlängerung der Arbeitszeiten aus. Die SPD will das nicht. *Die Grünen* können sich nicht zu einer klaren Aussage zur Arbeitszeitverkürzung durchringen. *Die Linkspartei*. *PDS* will die Gewerkschaften unterstützen, wenn sie Arbeitszeitverkürzungen vereinbaren. Vollen Lohnausgleich soll es zumindest für Beschäftigte mit geringem Einkommen geben.

Union und SPD beschönigen die Lage in **Ostdeutschland**. Im Grunde haben sie den Osten abgeschrieben und keine neuen Ideen. Die FDP will gleich sämtliche sozialen und arbeitsrechtlichen Standards außer Kraft setzen, um dies später auf den Westen zu übertragen. *Die Linkspartei*. *PDS* fordert einen Neuansatz für Ostdeutschland in drei Punkten: Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, Zukunft durch Innovation und Bildung sowie den Ostdeutschen mehr Stimme in Politik und Öffentlichkeit.

In der **Steuerpolitik** hat die Union Abschied von ihrer jahrelang vertretenen Losung genommen, die Steuern generell für die Bürgerinnen und Bürger zu senken. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer ist nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftspolitisch in der gegenwärtigen Lage kontraproduktiv. Die Senkung des Spitzensteuersatzes, die Abschaffung der Steuerbefreiung bei Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie die

Senkung der Pendlerpauschale gehen in die gleiche falsche Richtung. Noch unsozialer sind die steuerpolitischen Vorstellungen der FDP (Dreistufenmodell und Senkung der Unternehmenssteuern). Ihre Position, niedrige Steuern seien das beste Arbeitsbeschaffungsprogramm, ist einfach zu schlicht. Die vorgesehene „Reichensteuer“ der SPD ist reine Symbolpolitik und bedeutet keine grundlegende Änderung der Umverteilung von unten nach oben. *Die Grünen* wollen die Stabilisierung der Steuereinnahmen. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und andere durchaus nachzuvollziehende Forderungen bleiben unglaublich, weil sie nahezu entgegengesetzt der bisherigen Regierungspolitik sind. Lediglich *Die Linkspartei. PDS* strebt ein solidarisches Steuersystem an. Als einzige Partei verfügt sie über ein Steuermodell, das die Einnahmesituation der öffentlichen Hand deutlich verbessern würde: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, höhere Einnahmen aus der Erbschaftssteuer, höhere Steuerzahlungen gewinnstarker großer Unternehmen, Reform der Gewerbesteuer, höhere Besteuerung hoher Einkommen u. a. Damit könnten viele arbeitsmarkt-, bildungs- und sozialpolitischen Projekte der *Linkspartei. PDS*, die angeblich nicht bezahlbar seien, finanziert werden.

Geradezu gegensätzlich sind die Positionen dazu, wie weiter mit **Hartz IV** umgegangen werden soll. Die CDU/CSU will Hartz IV nicht korrigieren, sondern optimieren. Die SPD will geringe Korrekturen vornehmen. Deutlichere Korrekturen wollen *Die Grünen*. (Beide Regierungsparteien haben Hartz IV in einer großen Koalition mit der CDU/CSU selbst durchgesetzt). *Die Linkspartei. PDS* schreibt „Weg mit Hartz IV“, setzt aber Prioritäten, was zuerst geändert werden muss. Sie fordert eine deutliche Anhebung der Regelsätze des ALG II bzw. der Sozialhilfe.

Bei der **Kranken- und Pflegeversicherung** stehen sich die Konzepte von CDU/CSU (Gesundheitsprämie, kapital gedeckte Pflegeversicherung) und FDP (Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zugunsten der Privatversicherung) einerseits und von SPD, *Grünen* und *Linkspartei. PDS* andererseits (Bürgerversicherung) gegenüber.

Wichtige Veränderungen im **Rentensystem** formuliert nur *Die Linkspartei. PDS*. Sie will eine Rente mit Grundbetrag (800 Euro) einführen, die Benachteiligung der ostdeutschen Rentner aufheben sowie mit einer Umwandlung der Rentenversicherung in eine Erwerbstätigenversicherung alle Berufsgruppen (auch Selbständige, Freiberufler, Beamte und Politiker) erfassen und die Einnahmehasis verbreitern. Zusammen mit anderen Finanzierungsvorschlägen ist das bezahlbar. Am ehesten spekuliert die CDU/CSU mit einer Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters, ohne diese Forderung direkt zu erheben. Die Union will einen Kinderbonus als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung einführen.

In der **Umweltpolitik** zeigt sich ein unterschiedliches, ja gegensätzliches Herangehen der untersuchten Parteien. Die Unionsparteien begreifen Umweltpolitik lediglich als additive Aufgabe, der man sich nach Kassenlage zuwenden könne, und wollen den Umweltschutz zurückfahren. Dagegen sehen *Die Grünen* in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme und setzen vor allem auf die Job-Potenziale, die in ökologischer Modernisierung liegen. Die SPD nimmt in der Umweltpolitik eine Mittelposition ein: Einerseits erkennt sie Möglichkeiten, die in einer Verbindung von Ökologie und Ökonomie liegen, andererseits ist sie in einer strukturkonservativen Klientelpolitik gefangen, die Umweltpolitik als Schön-

wetteraufgabe begreift. Die *FDP* setzt auch in diesem Politikfeld – dem Neoliberalismus verpflichtet – ganz auf den Markt, will angeblich „Markt und Umwelt versöhnen“, jedoch in Wirklichkeit erreichte Standards im Umweltschutz abbauen. *Die Linkspartei. PDS* will ähnlich wie *Die Grünen*, dass Ökonomie, Soziales und Ökologie in Einklang gebracht werden. Sie tritt für eine Energiewende, eine Verkehrswende und die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abfälle ein. Sie verfolgt eine Nachhaltigkeitsstrategie, in deren Zentrum sozial-ökologische Strukturreformen stehen müssten.

Von den Unterschieden im generellen Herangehen an die Umweltpolitik wird auch die Haltung der einzelnen Parteien in der **Energiepolitik** geprägt. Während CDU/CSU und FDP den Atomausstieg rückgängig machen wollen, halten *Die Grünen* und die SPD am vereinbarten Ausstiegsszenario fest. Dagegen will *Die Linkspartei. PDS* diesen Ausstieg verkürzen.

Alle Parteien räumen der **Bildungspolitik** einen hohen Stellenwert ein, setzen allerdings unterschiedliche Akzente. Während CDU/CSU und FDP am überkommenen gegliederten Schulsystem festhalten wollen, orientiert die SPD etwas verwaschen auf ein Schulsystem, das stärker auf Durchlässigkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet wird. Demgegenüber wollen *Die Grünen* und *Die Linkspartei. PDS* das dreigliedrige Schulsystem „überwinden“ bzw. „abschaffen“. *Die Linkspartei. PDS* möchte an seine Stelle eine integrative Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10 setzen. Während nach Auffassung von SPD und *Grünen* das Erststudium gebührenfrei bleiben soll und *Die Linkspartei. PDS* Studiengebühren generell ablehnt, tritt die FDP für die Einführung von Studienentgelten ein. Die Unionsparteien schweigen in ihrem Wahlprogramm zwar zu diesem Thema, doch unionsgeführte Bundesländer wollen solche Gebühren erheben.

In der **Kinder- und Familienpolitik** legen *Die Grünen* und *Die Linkspartei. PDS* die Betonung auf die Förderung der Kinder, während CDU/CSU, SPD und auch die FDP den Akzent auf die Familie und deren finanzielle Besserstellung setzen. *Die Linkspartei. PDS* will gebührenfreie Kindertagesplätze für alle Kinder und einen uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an erreichen. Bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe soll es keine Anrechnung des Kindergeldes mehr geben. Die Partei fordert, das Kindergeld von 154 auf 250 Euro zu erhöhen. Die Umsetzung der Programmatik aller Parteien auf diesem Politikfeld würde bedeutend mehr finanzielle Mittel erfordern. Darauf geben die Programme nur sehr bedingt eine Antwort, zumal die einzelnen Bundesländer auf sich gestellt das nicht leisten können.

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der *Linkspartei. PDS*, der SPD und selbst der FDP auf der einen Seite und CDU/CSU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Unionsparteien kein Thema. Vielmehr laufen die von ihnen anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus. Im Gegensatz zu CDU und CSU räumen vor allem *Die Linkspartei. PDS* und *Die Grünen* in ihren Wahlprogrammen Vorstellungen zur Erweiterung von Bürgerrechten und zum Ausbau der Demokratie breiten Raum ein. *Die Linkspartei. PDS* fordert mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung (wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksent-

scheide auf Bundesebene). Demokratische Bürger- und Freiheitsrechte sind wie soziale Grundrechte für sie unverzichtbare Bedingung demokratischer Politik.

Während in der **Migrations- und Flüchtlingspolitik** *Linkspartei*, *PDS* und *Grüne* in ihren Wahlprogrammen Deutschland als Einwanderungsland begreifen und die Lage von Flüchtlingen verbessern wollen, setzen CDU/CSU aber auch SPD auf Begrenzung von Einwanderung. Die FDP will hingegen die gegenwärtigen Regelungen zur Zuwanderung und zum Staatsbürgerschaftsrecht beibehalten. *Die Linkspartei*, *PDS* verteidigt das individuelle Grundrecht auf politisches Asyl. Sie fordert die Abschaffung von diskriminierenden Sondergesetzen und tritt für eine EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrations-Politik auf der Basis menschenrechtlicher Standards ein. Sie verlangt ein demokratisches Staatsbürgerschaftsrecht, das endgültig vom „Blutrecht“ Abschied nimmt.

In der **Europapolitik** setzen die Unionsparteien eher nationale Akzente und plädieren kaum verhohlen für eine Verlangsamung oder gar einen Stopp der Erweiterung der EU und für eine Entschleunigung ihrer Integration in die Tiefe, ja sogar für ein Zurückdrehen der Integrationsschraube. Demgegenüber wollen SPD und *Grüne* sowohl die Erweiterungspolitik der EU fortsetzen als auch die Integration weiter vertiefen. Nach Meinung der FDP dürfe die von ihr befürwortete Vertiefung der Integration auf keinen Fall durch die Erweiterung der EU in Frage gestellt werden. *Die Linkspartei*, *PDS* will dagegen die Richtung der Entwicklung der Europäischen Union verändern. Sie will eine Europäische Union, die sozial und ökologisch nachhaltig wirtschaftet, sich gemeinsame Mindeststandards bei Löhnen, Steuern und Sozialleistungen gibt und konsequent zu einer nicht-militärischen Vereinigung wird.

Auf dem Gebiet der **Sicherheitspolitik** bleibt nach Auffassung der Unionsparteien Landesverteidigung die verfassungsmäßige Kernaufgabe der Bundeswehr als Wehrpflichtarmee. Die FDP will die Bundeswehr in eine „bedarfsgerechte und bündnisfähige“ Freiwilligenarmee umbauen und ihre Ausrüstung und Bewaffnung umfassend modernisieren. Die SPD plant, den Umbau der Bundeswehr mit dem Ziel, Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung wahrzunehmen, fortzusetzen und befürwortet militärische Auslandseinsätze. Nach Auffassung der *Grünen* darf die Bundeswehr international nur mit UN-Mandat eingesetzt werden. *Die Linkspartei*, *PDS* lehnt hingegen Kriegseinsätze deutscher Soldaten generell ebenso ab wie die Aufstellung europäischer Interventionsstreitkräfte. Sie profiliert sich damit als antimilitaristische Kraft.

Quellen:

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

- für die **CDU/CSU**: CDU/CSU: Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005 – 2009. Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstands der CSU, Berlin, 11. Juli 2005.
- für die **FDP**: FDP. Die Liberalen: Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005, [Berlin 2005]; Wechsel-Lexikon. Deutschland von A-Z, verantwortlich: FDP-Bundesgeschäftsstelle, Berlin [2005].
- für die **SPD**: Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD, [Berlin], 4. Juli 2005.

- für **Die Grünen**: Bündnis 90/Die Grünen: Eines für alle. Das grüne Wahlprogramm [Beschluss der 24. Ordentlichen BDK, 9./10. Juli 2005, Berlin], Berlin [2005] (redaktioneller Stand: 15.07.2005).
- für **Die Linkspartei. PDS**: Die Linke. PDS: Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005. Vom Parteivorstand am 16. Juli 2005 beschlossener Entwurf, hrsg. vom Parteivorstand der PDS, Berlin [2005].

Berlin, 29. Juli 2005